



ROTE POST

Nr.68

September 2023

INTERNATIONAL

6 WESTAFRIKA ALS BEUTE IM KAMPF DER IMPERIALISTEN

BRD

8 DAS ENDE DER LINKSPARTEI?

HAMBURG

14 ARMUT STEIGT IN DER „STADT DER REICHEN“

FRAUEN

10 VERSKLAVUNG GEFLÜCHTETER UKRAINERINNEN

BREMEN

16 USBEKISCHE STUDENTEN IM FERIENJOB BETROGEN

BERLIN

12 AUS DER TRAUM VOM „FERIENKOMMUNISMUS“

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 RAZZIA GEGEN ARBEITERFAMILIEN IN NRW

BADEN-WÜRTTEMBERG

20 MÜLL IN FREIBURGS ARBEITERVIERTELN

KULTUR

22 „GLAS“ – NINA CHUBAS DEBÜTALBUM

INHALT

- | | | |
|-----------|----------------------------|--|
| 4 | BILD DES MONATS | SOLIDARITÄTSAKTION FÜR DIE VERHAFTETEN FRANZÖSISCHEN REVOLUTIONÄRE UND REBELLIERENDEN |
| 6 | INTERNATIONAL | WESTAFRIKA ALS BEUTE IM KAMPF DER IMPERIALISTEN |
| 8 | BRD | DAS ENDE DER LINKSPARTEI? |
| 10 | FRAUEN | VERSKLAVUNG GEFLÜCHTETER UKRAINERINNEN IN DEUTSCHLAND |
| 12 | BERLIN | AUS DER TRAUM VOM „FERIENKOMMUNISMUS“ |
| 14 | HAMBURG | ARMUT STEIGT IN DER „STADT DER REICHEN“ |
| 16 | BREMEN | USBEKISCHE STUDENTEN IM FERIENJOB BETROGEN |
| 18 | NORDRHEIN-WESTFALEN | RAZZIA GEGEN ARBEITERFAMILIEN IN NRW |
| 20 | BADEN-WÜRTTEMBERG | MÜLL IN FREIBURGS ARBEITERVIERTELN |
| 22 | KULTUR | „GLAS“ – NINA CHUBAS DEBÜTALBUM |

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für Abos schreibt uns eine Mail an rotopost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

es war ein regnerischer Sommer in Deutschland, und besonders im Regen steht die Wirtschaft des deutschen Imperialismus, die es auch im zweiten Quartal diesen Jahres nicht vollbrachte, Wachstum zu generieren. 0,0 Prozent Wachstum werden angesichts der Rezession in den beiden Vorquartalen schon als irgendwie erfolgreich dargestellt. Im Regen stehen gelassen wird die Wirtschaft unter anderem auch von einer ziemlich unfähigen Regierung, die in Teilen so zerstritten ist, dass es ihr nicht möglich war, den Bossen so unter die Arme zu greifen, wie diese es für nötig erachten.

International herrscht weiterhin große Unruhe und es zeigt sich, dass der Imperialismus und seine Lakaien immer weniger in der Lage sind, den Sturm der Massen aufzuhalten oder in für sie akzeptable Bahnen umzuleiten. Beispielhaft dafür ist die Entwicklung in Westafrika, die wir in dieser Ausgabe etwas näher beleuchten. Auch ökonomisch betrachtet steht das imperialistische Weltssystem unter Druck. Unlängst erklärte die Fed, dass das Ziel von zwei Prozent Inflation weiterhin Bestand habe und entsprechend die Zinsen nicht nur nicht gesenkt, sondern höchstwahrscheinlich nochmals erhöht werden. Ob das die Inflation tatsächlich auf das gewünschte Niveau herabsenken wird und ob die weiterhin hohen Zinsen weiter das Wirtschaftswachstum ausbremsen, weil keine profitablen Kredite aufgenommen werden können, bleibt abzuwarten.

Neben der Krise der Regierung zersetzt sich auch der Revisionismus in Form der Linkspartei weiter. Diese Entwicklung betrachten wir ebenfalls in dieser Ausgabe der Roten Post. In all ihrer Schlechtigkeit versuchen die Herrschenden in diesem Land ihre Krise auf unsere Schultern abzuwälzen. Sie lassen uns in Müll und Ungeziefer krank werden, wie in Freiburg. Sie pressen den letzten Cent aus unseren Körpern heraus, wie am Beispiel der usbekischen Arbeiter in Bremen deutlich wird. Selbst die, die behaupten, es gut mit uns zu meinen, wollen lediglich auf unsere Kosten Kohle scheffeln. Sie versuchen uns auf alle erdenklichen Weisen gegeneinander aufzuhetzen, sie machen uns Arme immer ärmer, weil sie immer reicher werden müssen, und dann setzen sie uns noch eine Kultur vor, die man nur unter Vorbehalt noch Kultur nennen sollte. Über all das berichten unsere Korrespondenten der RoPo aus Nord, Süd, Ost und West.

Auf diese Art und Weise schaffen, stärken und erzürnen die Herrschenden ihren eigenen Totengräber immer mehr. Hier im Land wiegen für immer mehr Menschen die Vorteile, in einem imperialistischen Land zu leben, die Nachteile, zu einer unterdrückten und ausgebeuteten Klasse zu gehören, nicht mehr auf. Darum regt sich Widerstand im Kleinen und Großen, national und international. Das ist wunderbar.

Eure RoPo-Redaktion

BILD DES MONATS

IT'S RIGHT TO

**SUPPORT THE
REVOLUTIONARIE
IN FRAN**

Nach den großen Kämpfen infolge der Ermordung des 17-jährigen Nahel in Frankreich folgte schnell Repression gegen Hunderte, die auf die Straße gegangen waren. Das Foto wurde bei einem Sommerlager in Dänemark aufgenommen; es ist zu lesen: „Die Rebellion ist gerechtfertigt! Unterstützt die verhafteten Revolutionäre und Rebellierenden in Frankreich!“ In der ersten Reihe werden Fahnen des Internationalen Kommunistischen Bundes präsentiert.

Quelle: socialistiskrevolution.wordpress.com

REBEL!

**ARRESTED
AND REBELS
CE !**

**INTERNATIONAL
COMMUNIST LEAGUE**

**INTERNATIONAL
COMMUNIST LEAGUE**



WESTAFRIKA ALS BEUTE IM KAMPF DER IMPERIALISTEN

In Westafrika ist es erneut zu einem Putsch gekommen. Am 26. Juli putschte General Tchiani mithilfe des Militärs gegen den Präsidenten Bazoum im Niger und erklärte sich zum neuen Anführer einer Militärregierung. Seitdem vergeht kein Tag, an dem in bürgerlichen Medien „im Westen“ darüber debattiert wird, was der Putsch für die Interessen der Imperialisten bedeutet und ob Westafrika ein neuer, großer Krieg bevorsteht. Doch was steckt wirklich dahinter? Um die Situation in Westafrika besser zu verstehen, ist es notwendig, sich einen allgemeinen Überblick über die politischen Verhältnisse in der Region zu machen.

DER AGGRESSIONSKRIEG GEGEN DIE VÖLKER IN DER SAHEL-REGION

Ein zentraler Aspekt, um die Ereignisse dort richtig verstehen zu können, ist die Tatsache, dass der französische Imperialismus die Region seit inzwischen 10 Jahren mit Krieg überzieht. Nachdem im Mali die Widersprüche zwischen den Massen und alten Staat im Jahr 2012 einen neuen Höhepunkt erreichten, initiierten mehrere Gruppen einen gemeinsamen bewaffneten Kampf und nahmen alsbald zwei Drittel des Landes ein. Als diese Rebellion 2013 drohte, die Hauptstadt des Landes zu erreichen und damit in erheblicher Weise die Geschäfte und vor allem die Lakaien des französischen Imperialismus zu gefährden – der im Mali der größte imperialistische Ausbeuter ist – startete Frankreich im Einklang mit der malischen Lakaienregierung einen Angriffskrieg im Land. Verschiedene andere Imperialisten, allen voran Deutschland, schlossen sich unter dem Deckmantel einer UN-Mission an, um selber ihre Interessen in der Region durchzusetzen. Doch wie so oft führte die blutige Unterdrückung des Aufstands nur dazu, die Rebellion zu bewässern, statt sie abzuwürgen. Das Ergebnis war, dass auch im benachbarten Niger und Burkina Faso die Massen die Waffen gegen den alten Staat erhoben. Auch der französische Imperialismus reagierte auf diese Entwicklung und weitete seinen Aggressionskrieg auf weitere Länder aus.

Die Militäroperationen im Mali werden bis Ende 2023 eingestellt. „Schuld“ daran sind zwei in den letzten Jahren stattgefundene Putsch des malischen Militärs

gegen die Regierung, bei denen die Putschisten mit den antiimperialistischen Standpunkten der Massen schacherten, um sich zu legitimieren. Die Großbourgeoisie im Mali ist sich bewusst, dass sie ohne die Truppen der französischen Besatzer von den Massen hinweggefegt werden würden. Gleichzeitig sehen sie sich gerade wegen dieser imperialistischen Aggression immer heftigeren, bewaffneten Kämpfen der Massen ausgesetzt. In dem verzweifelten Versuch, an der Macht zu bleiben, versuchen Teile der Großbourgeoisie, den gerechtfertigten Hass der Massen zu benutzen, um ihre Macht zu festigen. Dies führte dazu, dass die Militärjunta die Truppen der Imperialisten dazu aufforderte, bis Ende diesen Jahres das Land zu verlassen. Im Gegenzug wandten sich die Putschisten dem Russischen Imperialismus und besonders der Wagner-Söldnertruppe zu. So nutzte der russische Imperialismus die geschwächte Situation Frankreichs aus, um dort seine Lakaien in der Macht zu befestigen, um Mali in hauptsächlich seine Halbkolonie zu verwandeln. Im Gegenzug bekamen seine Lakaien Wagner-Truppen zur Abwehr des bewaffneten Kampfes. Ähnliche Entwicklungen, die ebenfalls auf Militärputschen beruhen, fanden in den letzten Jahren auch in Guinea und Burkina Faso statt. In Burkina Faso geriet die dortige Großbourgeoisie unter so heftigen Druck der bewaffneten Aktionen der Massen gegen den imperialistischen Angriffskrieg, dass ein Teil der Großbourgeoisie das Vertrauen in die Fähigkeiten des französischen Imperialismus verlor, ihr Regime aufrechterhalten zu können. Infolge dessen wurde der ehemalige Präsident Burkina Fasos, Kabore, vom Militär unter Druck gesetzt, Kooperationsverträge mit dem russischen Imperialismus zu unterschreiben. Als Kabore wiederholt ablehnte, putschte das Militär und installierte eine Regierung, die erste Verträge mit dem russischen Imperialismus abschloss. Keine paar Monate später gab es einen erneuten Putsch, denn anscheinend unterwarfen sich die vorherigen Putschisten nicht weit genug dem russischen Imperialismus. Der neue Putsch stellt relativ klare Verhältnisse her, wenn man sieht, dass Anfang diesen Jahres der aktuelle Machthaber Ibrahim Traore die komplette Kündigung aller militärischen Kooperationsverträge mit Frankreich verkündete und Macron einen Monat Zeit gab, seine Truppen abzuziehen. Nur wenig später gab Traore die Ankunft von „russischen Militärspezialisten“ bekannt, die das Militär Burkina Fasos an kürzlich gekauften russischen

Waffen ausbilden soll. In diese Zeit fällt dann auch die Genehmigungserteilung zum Goldabbau an ein russisches Unternehmen im umkämpften Norden des Landes. Wobei es dann niemanden mehr wundert, wenn dann der Goldabbau in der Region „notwendigerweise“ von „russischen Militärspezialisten“ abgesichert werden muss.

VERLIERT FRANKREICH DIE REGION?

Dass sich diese Entwicklung jetzt im Niger fortsetzt, ist eine schwere Niederlage für den französischen Imperialismus. So dauerte es keine Woche nach dem Putsch, und die Militärs kündigten ebenfalls alle Militärverträge mit dem französischen Staat und setzten ein Ultimatum von 30 Tagen, bis Frankreich all seine Truppen abgezogen haben muss. Doch im Gegensatz zu den anderen Putschen ist hier noch nicht klar, wie die Sache ausgeht. Zu groß sind die Interessen Frankreichs, Deutschlands und der Yankees in der Region und zu stark die Bedrohung, die aus diesen Niederlagen für die eigene Stärke resultiert. Der Niger beheimatet nicht nur 1.500 französische Soldaten, sondern deckt bis heute 40 Prozent des französischen Uranbedarfs. Was daraus resultiert, dass Frankreich während der Unabhängigkeitsverhandlungen mit dem Niger explizit den französischen Uranzugang zur Bedingung der Unabhängigkeit machte. Zusätzlich sind im Niger auch 1.100 Yankee-Soldaten stationiert. Auch zwei Drohnenbasen der Amerikaner befinden sich in dem Land, welches südlich der Sahara die zweitmeisten Militärhilfen aus Washington erhält. Auch Deutschland machen die Entwicklungen im Niger nervös. So ist der Flughafen der Landeshauptstadt Niamey der wichtigste Lufttransportstützpunkt der Bundeswehr für ihren Kriegseinsatz im Mali und zentraler Dreh- und Angelpunkt der baldigen Evakuierung. Es gibt bislang, mit Ausnahme des generellen Überflugverbots, jedoch keine expliziten Maßnahmen des neuen Militärregimes gegen die Yankees. Es wird, insbesondere auf russischer Seite, zwar schon frohlockt, aber definitiv ist diese Sache bei weitem nicht.

Wie sehr der französische Imperialismus mit der von ihm abhängigen Wirtschaft dieser Länder verbunden ist, zeigt das Beispiel CFA-Franc. Eine Einheitswährung, die an den Euro gebunden ist, und deren Wert so gut wie alleine Frankreich bestimmt. 1994 konnte die Banque de France die Währung im Alleingang um 50 Prozent zum Franc abwerten, die Banken der CFA-Franc-Staaten hatten nicht einmal ein Mitspracherecht dabei. So kann der französische Imperialismus

allein damit die Geld- und Finanzpolitik von acht Ländern in der Region direkt kontrollieren, was aufzeigt wie er auch nach der formalen Unabhängigkeit seiner ehemaligen Kolonien die Länder Westafrikas in einer strengen halbkolonialen Abhängigkeit behält und die wirtschaftlichen Bedingungen danach gestaltet, am effizientesten ausbeuten zu können.

Dies alles zeigt auf, was insbesondere Frankreich in Westafrika zu verlieren hat. Ein paar Machtwechsel ändern zwar nichts daran, dass Frankreich der dominierende imperialistische Ausbeuter in der Region ist, doch die Gefahr, dass sich dies ändern könnte, lässt die „westlichen“ Imperialisten nicht zur Ruhe kommen. Auch den Yankees und Deutschland ist klar, dass sie momentan lieber ihren temporären Verbündeten Frankreich in der Region sehen wollen, als ein weiteres Erstarren des russischen Imperialismus oder des chinesischen Sozialimperialismus in Kauf zu nehmen. Zumal die BRD auch von der Abhängigkeit der CFA-Franc-Staaten gegenüber dem Euro profitiert.

Derweil ignoriert Frankreich die Aufforderung der Putschisten, seine Truppen innerhalb von 30 Tagen abzuziehen, weil der Kooperationsvertrag mit einer „legitimen Autorität“ geschlossen wurde. Die aus 11 Staaten bestehende und unter der Dominanz des französischen Imperialismus stehende „Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft“ ECOWAS droht den Putschisten inzwischen offen mit einem militärischen Einmarsch. Die Militärregierungen im Mali, Burkina Faso und Guinea haben ihrerseits angekündigt, im Angriffsfall auf Seiten des Nigers zu kämpfen. Derweil haben jedoch bereits Yankee-Diplomaten mit dem nigrischen Militärregime Verbindungen etabliert, und die Drohkulisse der ECOWAS verliert an Gewicht, da sie das gesetzte Ultimatum verstreichen haben lassen. Ein Krieg gegen Niger wäre kein lokales Ereignis, sondern hätte einen weit größeren Umfang. Ein solcher Krieg kann nach gegenwärtigem Stand nur mit direkter Zustimmung (wenn nicht auf Anweisung) der Yankees begonnen werden.

Wie der Kampf um die Neuaufteilung Westafrikas zwischen den Imperialisten und ihren Lakaien ausgeht, bleibt offen. Fakt bleibt, dass ein solcher Krieg nicht den Völkern in Westafrika in ihrem Bestreben nach Unabhängigkeit vom Imperialismus dienen, sondern auf ihrem Rücken ausgetragen werden würde. •

DAS ENDE DER LINKSPARTEI?

Schon vor über einem Jahr titelten Zeitungen vom Ende der Partei „Die Linke“. Nicht ohne Häme war zu vernehmen: „bye-bye, Linkspartei“. Von Zusammenbruch war die Rede in den Medien. „Selbst schuld“, hieß es dort. Anlass für die damalige Berichterstattung waren die katastrophalen Wahlergebnisse bei der Bundestagswahl Ende 2021. Im Bundestag saß und sitzt seitdem eine Minifraktion, die es überhaupt nur deshalb gibt, weil die Linke drei Direktmandate ergattern konnte. Waren es vorher noch knapp 70 Abgeordnete, die im Bundestag vertreten waren, sind es nunmehr weniger als 40. Besonders bitter war für die Partei Die Linke unter anderem auch der Verlust der einstigen Hochburg Marzahn-Hellersdorf in Berlin an die CDU; zwanzig Jahre lang hatte die Linkspartei dort das Direktmandat geholt. Da der bürgerliche Wahlzirkus, Posten und Funktionen für diese Partei, in der sich alles Mögliche an opportunistischen und revisionistischen Existenzen versammelt, alles sind, wurde durch die Medien unisono entsprechend ihr kommendes Ende proklamiert.

Dann kam zusätzlich noch der innerparteiliche Streit über „Sexismus“, bedeutet Probleme mit patriarchalem Verhalten, auf allen Ebenen der Partei, Vorwürfe von Missbrauch und sexueller Belästigung. Daraufhin trat eine der beiden Parteichefinnen, Susanne Hennig-Wellsow, zurück. Diejenige, die übrig blieb, ist Janine Wissler, eine Ikone des Trotzismus in Deutschland. Sie wurde ausgebildet bei „Marx21“, einem trotzkistischen Konglomerat, deren Ziel ganz offen die Unterwanderung insbesondere der sozialdemokratischen Parteien ist. Vor rund fünfzehn Jahren dann wurde Wissler Abgeordnete für die Linkspartei in Hessen. 2009 übernahm sie, zusammen mit Willi van Ooyen, den Vorsitz der hessischen Landtagsfraktion, später machte sie den Job alleine. Sie wurde von Parteigranden wie Oskar Lafontaine und Bernd Riexinger gefördert und erhielt vor knapp zehn Jahren den Posten der stellvertretenden Parteivorsitzenden, den vorher Sahra Wagenknecht inne hatte.

Nicht ganz eineinhalb Jahre später orakelt das ZDF nun über die Linkspartei: „Das Ende ist nah“. Grund für das neuerlich publizierte Untergangsszenario war, dass die bisherige Fraktionsvorsitzende im Bundestag,

Amira Mohamed Ali, nicht mehr für dieses Amt zur Verfügung stehen will. Außerdem hatte bereits im Juni Jan Korte, der parlamentarische Geschäftsführer der Partei, hingeschmissen. Angeblich wegen Gründen, die „fast ausschließlich persönlicher Natur“ seien. Fast ausschließlich ...

Mohamed Ali's Begründung für ihren Rückzug war, dass der Parteivorstand der Linkspartei Sahra Wagenknecht aufgefordert hatte, ihre Mandate niederzulegen, nachdem per Parteibeschluss festgestellt wurde: *„Die Zukunft der Linken ist eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht.“* Diese kokettiert seit längerem mit der Möglichkeit der Gründung einer eigenen Partei und der Spaltung der Linkspartei. Wissler selbst hatte den Beschluss verkündet und erklärt, dass eine Gruppe rund um Wagenknecht offenbar konkrete Strukturen aufbaue, um die Gründung einer neuen, konkurrierenden Partei voranzutreiben und in diesem Zusammenhang bereits



Hat nicht mehr viel zu lachen: Janine Wissler

Wahlkreisbüros der Linkspartei gekündigt worden sein und Leute für die Neugründung abgeworben würden.

Aus der Partei wurden ähnliche Stimmen wie der von Mohamed Ali laut. Klaus Ernst, Bundestagsabgeordneter und Wagenknecht-Anhänger, erklärte, die Vorgänge würden „den Niedergang der Linken wohl beschleunigen.“ Verantwortlich dafür sei der Parteivorstand, d.h. Wissler und auch Martin Schirdewan, die versuchten, ihren eigenen Kurs der Fraktion aufzuzwingen. Sahra Wagenknecht selbst äußerte sich entsprechend triumphal. Sie prognostiziert weitere Wahlniederlagen, und dass „Die Linke perspektivisch zu einer bedeutungslosen Splitterpartei“ werde.

Nur kurze Zeit später, binnen Wochenfrist, erklärte auch Dietmar Bartsch überraschend seinen Rückzug vom Fraktionsvorsitz. Auch er wegen „privater Gründe“. Ein Teil der Fraktion sitze „auf gepackten Koffern“, diagnostizierte in diesem Zusammenhang Ex-Parteichef Riexinger. Dieser Teil sei auf Abruf bereit, Wagenknecht zu folgen. Wenn nur zwei Bundestagsabgeordnete aus der Fraktion folgen würden, wären es aus Sicht der Linken zu viele, denn damit würden sie den Fraktionsstatus verlieren, jede Menge Geld und Macht – alles, wonach sich das Herz der Wahlopportunisten sehnt. Es geht dabei nicht um Peanuts, sondern um hunderttausende Euro an staatlicher Finanzierung, z.B. für Mitarbeiter, deren Büros, Öffentlichkeitsarbeit und dergleichen mehr. Das ist die wahre existenzielle Bedrohung. Die ganze Partei ist um das Geld aus Berlin aufgebaut. Das ist ihr Kerngeschäft.

Eine Spaltung der Linkspartei ist möglich, sogar wahrscheinlich; ob, wie und wann sie genau kommt, ist allerdings noch ungewiss. Wer sich allerdings davon überraschen ließe, dass sich unter der Führung des Trotzismus eine Partei zersplittert, der darf getrost zumindest als politisch unbedarft, wenn nicht blauäugig, beschrieben werden. Dass der Trotzismus das Regime führt, wenn erneut ein wahlopportunistisches Projekt gegen die Wand fährt, ist allerdings nur eine Randnotiz.

Der Revisionismus hat das Spiel verloren, wenn er zum Revisionismus wird. Das ist eine Binsenweisheit, und dass die Massen sich nicht dauerhaft von den falschen Arbeiterfreunden hinters Licht führen lassen, ebenso. Wir können das in aller Welt

sehen, z.B. aktuell in Argentinien am Beispiel des Peronismus, Bankrotteure, die dem Volk nichts anderes zu bieten haben als immer mehr Elend, Hunger und Misere. Aber wir müssten den Blick nicht einmal über die Grenzen Europas hinaus richten. In Frankreich hat es das Wahlbündnis der „Linken“ nicht einmal geschafft, ihren Kandidaten in die Endrunde der Wahlen zu bringen. In Griechenland hat Syriza derartig abgewirtschaftet, dass sie nur noch eine Randerscheinung darstellen, und auch in Spanien haben die Wahlopportunisten von „Podemos“ und dergleichen bei den Wahlen nicht den erhofften Erfolg einfahren können. Die Tendenz der Ablehnung der bürgerlichen Wahlen durch die Massen ist überall mehr als deutlich. Sie wollen den Versprechen der bürgerlichen Parteien nicht mehr auf den Leim gehen und sie tun es in steigender Anzahl nicht mehr. Das trifft freilich insbesondere die Wahlopportunisten, die sich als Vertreter des „kleinen Mannes“ aufspielen, besonders hart. Das ist nicht schlecht, sondern gut, niemand braucht sie – mit Ausnahme derjenigen, die dieses System mit aller Kraft am Leben zu erhalten versuchen.

Dieser Verfall des Revisionismus ist ein Ausdruck des Zersetzungsprozesses des Imperialismus, seiner allgemeinen und letzten Krise. Das bedeutet nicht, dass die Linkspartei kein entsprechendes Pendant als Nachfolger hervorbringen kann oder wird. Sahra Wagenknecht und ihre Leute stehen, wie beschrieben, in den Startlöchern für eine Neugründung einer neuen Linkspartei oder Ähnlichem, und die Prognosen für eine solche Partei stehen nicht so schlecht, wie die heutigen Umfragen und Ergebnisse der bestehenden Linkspartei. Aber welche Perspektive sollte ein solcher Verein haben? Dieselbe, wie wir sie heute bei der Linkspartei beobachten können. Sie wird vielleicht für eine Periode „Erfolge“ bei Wahlen einfahren, aber letztlich ist sie genauso zum Untergang verdammt. •

VERSKLAVUNG GEFLÜCHTETER UKRAINERINNEN IN DEUTSCHLAND

Wir teilen an dieser Stelle einen Artikel, der vergangenen Monat auf der Internetseite Dem Volke Dienen publiziert wurde.

Ende Juni hielten sich in der BRD über 1,1 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine auf, knapp zwei Drittel davon sind weiblichen Geschlechts. Während die erwachsenen Männer, denen im Alter von 18 bis 60 Jahren die Ausreise aus der Ukraine grundsätzlich verboten ist, in vielen Fällen sich bereits ein bequemes Leben im Imperialismus eingerichtet haben – meist kommen sie natürlich auch aus gehobenen Verhältnissen in der Ukraine – führt der Weg nach Deutschland für die meisten Frauen und ihre Kinder in schwere Ausbeutung und Armut.

Bereits vor einiger Zeit berichteten der NDR und Panorama 3 von unterschiedlichen Ukrainerinnen, die in nicht-offiziellen Jobs ohne Rechte ausgebeutet werden, wie z.B. einer Frau aus dem Westen der Ukraine, die über eine Agentur an den Sohn einer dementen 90-Jährigen aus dem Hamburger Vorort Seevetal vermittelt wurde, um diese als 24-Stunden-Pflegerin zu betreuen. Der Sohn zahlte knapp 1000 Euro an die Agentur, und diese nahm zudem mehr 1600 Euro Zuschüsse von der Pflegeversicherung ein; die ukrainische Arbeiterin, die als unregist-

rierte Geflüchtete ohne Arbeitserlaubnis gezwungen war, das widerliche Angebot zu dieser Beschäftigung anzunehmen, bekam überhaupt keinen Lohn ausgezahlt. Die Agenturen, die hier die Vermittlung übernehmen, schauen gezielt auf Osteuropäerinnen, und in diesen Zeiten insbesondere auf ukrainische Kriegsflüchtlinge, denen für den Moment jedes Angebot recht ist. So ist die Beschäftigung ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis natürlich illegal und fällt entsprechend nicht unter die Kontrolle des Staates, obgleich die Agenturen gegenüber den unwissenden Frauen Gegenteiliges behaupten. Über einen ähnlichen Fall berichtete der „Report Mainz“ bereits kurz nach Kriegsbeginn: Eine Ukrainerin, die schon einige Monate vor Kriegsbeginn, als die Invasion sich bereits abzeichnete, nach Deutschland gekommen war und anstelle ihrer drei parallelen Jobs in der Ukraine, mit denen sie dort ungefähr 150 Euro im Monat, ohne jeglichen freien Tag verdiente, nun in der 24-Stunden-Pflege arbeitete. Dort zahlten die Kinder der zu pflegenden Person knapp 2400 Euro an die polnische Vermittlungsagentur – 900 Euro davon kamen als Nettolohn für die Frau an. Sie verlor nach



Meyer Werft in Papenburg: durch die Ausbeutung von Migrantinnen sauber gehalten

Kriegsbeginn für einige Tage den Kontakt zu ihren Kindern und berichtete:

„In Deutschland kann ich wenigstens etwas mehr Geld verdienen. Die Menschen, bei denen ich arbeite, sind schwer pflegebedürftig. Das ist Schwerstarbeit. Ich weine fast jeden Tag, aber ich beiße auf die Zähne. Ich vermisse meine Familie, meinen Sohn.“

Der NDR berichtet auch von einer 51-Jährigen aus der Ostukraine, die letzten Oktober nach Deutschland kam, sich in Hamburg als Geflüchtete registrieren ließ und Arbeit als Putzkraft auf einem Kreuzfahrtschiff in der Meyer Werft in Papenburg fand, wo bereits im zweiten Monat die Gehaltszahlungen ausblieben. Die gelernte Metallarbeiterin war bei der Firma Akkoc aus Hannover angestellt, welche die Meyer Werft quasi als Subsubunternehmen beauftragte. Drei Monate lang wartete sie auf ihr Geld, untergebracht durch Akkoc in ein altes Haus im niedersächsischen Peine, wo sie sich zeitweise mit vier anderen Frauen ein Zimmer teilen musste. Die genannten Beispiele geflüchteter ukrainischer Frauen haben die Gemeinsamkeit, dass eine Unterkunft stets gestellt ist, d.h. dass garantiert ist, dass die Arbeiterinnen inmitten der miserablen Bedingungen das nötigste, was man braucht, um zu überleben, um am nächsten Tag wieder arbeiten zu können, bekommen, sodass die Agenturen und Subsubunternehmen, die am Ende dem deutschen Imperialismus unterstehen, den Lohn drücken bzw. die Zahlung auslassen können. Mit aller Brutalität dämmen die deutschen Imperialisten, und hier besonders Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD), die Auswirkungen der Krise auf die nationale Ökonomie ein. Unverzichtbar, um das durchzusetzen, ist die Spaltung der Arbeiter nach ihrer Nationalität bzw. „Herkunft“.

Von einem weiteren Fall berichtet das Wirtschaftsmagazin Business Insider (dort sind zudem Kurzberichte über weitere Ukrainerinnen, die in Düsseldorf und Hannover für 97 Cent die Stunde und 200 Euro im Monat als Putz- und Logis-



Die Bäckerei in Esslingen

tikkraft gearbeitet haben, aufgeführt). Eine 20-jährige Ukrainerin, die im März 2022 vor den russischen Panzern aus ihrer Heimatstadt Romny in der Ostukraine geflüchtet war und unterwegs in Polen für vier Euro die Stunde in einer Fabrik gearbeitet hatte, folgte in Deutschland einem Angebot in einer Bäckerei in Esslingen am Neckar eines scheinbar gutherzigen Menschen, Maximilian H., der Geflüchteten aus der Ukraine ein „gutes Leben“ mit 8-Stunden-Tag und täglich 100 Euro Lohn plus Unterkunft „ermöglichen wollte“. Nach kurzer Zeit begann er dann, die drei ukrainischen Frauen dort pausenlos auf Abruf zu beschäftigen, d.h. insbesondere nachts zum Aufbacken der Ware zu schicken, zu jeder Tageszeit sie anzurufen, und den Lohn nicht zu zahlen: *„Bezahlt hat er uns nur, wenn wir ihn anflehten, uns Geld zu geben, wenn uns das Essen ausging“*. Maximilian H. ließ sie nicht mehr zum Rauchen vor die Tür gehen, sperrte ihren Bereich mit Sichtschutzfolie ab und schließlich sie im Gebäude ein, um die Ausbeutungsverhältnisse vor den Nachbarn zu verstecken. Obgleich er für die Unterkunft 1100 Euro Miete bezahlte, zog er den drei Frauen jeweils 600 Euro Wohnkosten von ihrem Lohn ab, womit der Stundenlohn bei ca. 3,30 Euro lag – 12,50 Euro waren die „Vereinbarung“. Als sich die junge Ukrainerin beschwerte, rastete der Bäcker aus und warf sie unter Androhung körperlicher Gewalt raus. •

AUS DER TRAUM VOM „FERIENKOMMUNISMUS“

Die Festival-Saison neigt sich langsam dem Ende zu. Für viele, vor allem junge Leute, sind Festivals ein Highlight im Sommer. Hierbei kann es beispielsweise um Musik- und Filmfestivals, oder auch Literaturfestivals gehen. Oft ist die junge Zielgruppe, die diese Veranstaltungen besucht, die gleiche, die dort arbeitet. Doch auch wenn das ganze aufregender und lockerer als ein Ferienjob an der Kasse erscheint, ist es in Wahrheit nicht viel anders.

Für ein kleines Aufsehen, unter den dafür interessierten Leuten, sorgte dieses Jahr ein Streik von ehrenamtlichen Mitarbeitern auf dem „Fusion-Festival“. Bei dem alljährlichen, in Lärz (Mecklenburg-Vorpommern) stattfindenden Musikfestival waren am Hochpunkt dieses Jahr rund 89.000 Personen auf dem Gelände. Das Festival selbst dauert fünf Tage, jedoch sind schon mehrere Wochen davor und danach rund 1000 Leute mit dem Auf- und Abbau beschäftigt. Das Programm bot auch dieses Jahr wieder elektronische Musik, Punk- und Hardcorebands sowie politische Workshops, aber auch aufwendige Kunst- und Lichtinstallationen gehören immer dazu.

In diesem Jahr kam es jedoch zu Protesten der ehrenamtlichen Mitarbeiter, eine Demonstration und ein zweistündiger Streik waren die Folge. Die Demonstrierenden und Streikenden prangerten insbesondere die Unterbringung auf den sogenannten „Backstage-Campingplätzen“, von denen es insgesamt sechs gab, an. So gab es für die Personen, die für die Reinigung der ökologischen Komposttoiletten zuständig waren, lediglich fünf unbeleuchtete Dixi-Toiletten und keine Duschen. Gegenüber der Zeitung „nd“ schilderte eine Teilnehmerin der Demonstration, dass sie sich zwei Wochen lang um Bühnentechnik gekümmert habe. Auf ihrem Campingplatz

habe es für sie aber keine warmen Duschen gegeben, sodass sie auf andere Bereiche ausweichen musste, zu denen sie offiziell keinen Zugang gehabt habe. Auch die Küchenausstattung auf den Campingplätzen soll wohl teils unterschiedlich und unzureichend gewesen sein. Die einzelnen Gruppen handeln die Konditionen individuell mit dem Veranstalter aus. Und während die einen keine Duschen hatten, gab es auf dem „Backstage-Campingplatz 1“ neben drei verschiedenen Küchen sogar eine Sauna.

Laut dem Veranstalter arbeiten rund 7.000 Personen während dem Festival auf dem Gelände, jedoch wechseln diese im Laufe der Veranstaltung, sodass ca. 15.000 Leute an der Arbeit beteiligt sind. Laut einem Sprecher des veranstaltenden Kulturvereins kann einem Großteil der dort Arbeitenden keine Entlohnung für ihre Arbeit gezahlt werden, da es „enge gesetzliche Grenzen“ gibt, die das wohl verböten. Im letzten Jahr wurde gerade einmal 1800 Ehrenamtlichen eine Pauschale ausgezahlt. Als Entlohnung für die Arbeit versprechen die Veranstalter stattdessen Campingplätze, Essen, warme Duschen, saubere Toiletten „und selbstverständlich kostenlosen Eintritt“. Es zeigt sich jedoch, dass man sich so alternativ und unkommerziell darstellen kann wie man will, wenn die Umstände für sich sprechen, wie eben an den Vorwürfen zu sehen ist. Und es ist auch nicht so, dass



Ein Blick von oben: Riesige Bahnen gehören zum Festival dazu – dahinter steckt viel unbezahlte Arbeit

das Festival zum ersten Mal stattfindet und das als „Anfängerfehler“ abgetan werden kann.

Ein Ticket für die „Fusion“ kostete in diesem Jahr 220 Euro, ein Ticketpreis vergleichbar mit denen anderer großer Festivals, beispielsweise „Rock am Ring“, wo ein Wochenendticket mit Camping um die 270 Euro kostet. Die Ticketeinnahmen spielen eine große Rolle bei der Finanzierung des Festivals. Der Veranstalter schreibt es sich groß auf die Fahne, „unabhängig“ zu sein, da dieser keine öffentlichen Gelder zur Unterstützung bekommt. Auch wenn es ab und zu neben Spenden von Privatpersonen trotzdem zu Spenden von verschiedenen Vereinen kommt. Um sich trotzdem halten zu können, baut der Verein seit 2008 auf *„[...] unentgeltliche[n] Arbeit zur Grundlage der Mitarbeit und zum Anspruch an alle beteiligten Helfer:innen und Mitarbeiter:innen [...]“*. Gerechtfertigt wird das ganze so: *„[...] Ziel unseres Handelns ist der Versuch, unserem Ideal von einem selbst-bestimmten Leben, abseits kapitalistischer Zwänge und Verwertungsinteressen, weitestgehend nahe zu kommen und Utopien für uns und andere im Hier und Jetzt erlebbar und im Modellversuch realisierbar zu machen.“* Die Veranstalter versuchen also, irgendeine Illusion von einem „Ausbeutungsvakuum“ zu kreieren, und so zu tun, als hätte keiner irgendwelche kommerziellen Absichten. Doch das ist einfach nur eine dreiste Lüge, die mit einer „Linken-Friede-Freude-Eierkuchen“-Rhetorik mit einen angeblichen ideologischen Hintergrund gerechtfertigt wird. Die Veranstalter geben sich sogar die Blöße, das Festival als „Ferien-

kommunismus“ zu bezeichnen. Doch legt man diese sehr romantische und verquere Illusion einmal kurz ab, sieht man, was wirklich dahinter steckt: Es werden, vor allem junge Leute, für ihre Arbeit nicht bezahlt und anscheinend nicht einmal die versprochenen, zur Versorgung nötigen Dinge bereitgestellt, wenn diese Leute nicht zum „engen Kreis“ gehören.

Auch die Filmfestivals erholen sich langsam nach dem Einbruch der Zuschauerzahlen, nach dem von den Herrschenden verhängtem Ausnahmezustand. Während bei Kinos schätzungsweise immer noch mehr als ein Drittel der Zuschauer fehlen, gibt es Filmfestivals, die sogar mehr Zuschauer als vor Corona zählen. Doch davon alleine wird das immer größer werdende Nachwuchsproblem in der Filmbranche nicht gelöst. Bei einem Filmfestival gibt es Tätigkeiten, bei denen man eine hohe Expertise in einem ganz kleinen Bereich braucht. Diese ist aber nur in einem kurzen Zeitraum notwendig, also zwei oder drei Monate. Dieses Problem ist in der Filmindustrie nicht neu, denn oft wird projektbezogen gearbeitet, und somit in überwiegend befristeten Verhältnissen. Auch wenn die Bezahlung laut Tarif für einzelne Gewerke wie Beleuchtung und Ton vergleichsweise ganz ordentlich aussieht (laut ver.di liegt die Wochengage für einen Tonmeister bei 1.607 Euro), darf man nicht außer Acht lassen, dass es eher die Regel ist, dass man vor und nach den Aufträgen mehrere Wochen Leerlauf hat. Auch deshalb, weil sich Projekte überschneiden und man sich dann entscheiden muss. Anders sieht es aber mit der Bezahlung für die Arbeit auf Filmfestivals aus, diese liegt üblicherweise deutlich unter dem Tarif. Oft stützen sich die Organisatoren auch auf „ehrenamtliche Helfer“ oder Studenten, die Praktika absolvieren müssen, um Geld einzusparen. Denn wie schnell Fördermittel vom Staat gestrichen werden können, zeigte sich dieses Jahr bei der Berlinale, bei der 2,2 Millionen Euro Förderung gestrichen wurden. Wie die Organisatoren „kreativ“ mit diesem Problem umgehen, um Lösungen zu finden, lässt sich erahnen. ■



Eine Installation auf dem Fusion-Festival

ARMUT STEIGT IN DER „STADT DER REICHEN“



Hamburg gilt in der BRD als die Stadt der Reichen. Und ja, in keiner anderen deutschen Stadt leben so viele Millionäre wie hier. Laut Zahlen der Hamburger Finanzbehörde gibt es in unserer Stadt 862 Einkommensmillionäre – bedeutet, dass nur das Einkommen in die Statistik einbezogen wird und kein anderweitiger Besitz. Das sind so viele Millionäre wie noch nie zuvor in Hamburg. Doch noch schneller als die Zahl der Millionäre und ihres absurd hohen Vermögens steigt die Armutsquote. Im Vergleich zum Vorjahr stieg sie – laut Angaben des Statistischen Bundesamtes – um 0,4 Prozentpunkte auf nun 20,4 Prozent. Noch vor der Corona-Pandemie und der damit beschleunigt entwickelten ökonomischen Krise im Jahr 2020 lag die Armutsquote in Hamburg bei 18,9 Prozent. Der Anstieg in den letzten Jahren ist der höchste Anstieg seit Jahrzehnten und bedeutet, dass in Hamburg jeder fünfte als arm gilt. Das entspricht etwa 360.000 Menschen, von denen allein 27.000 in den letzten drei Jahren dazugekommen sind.

BÜRGERLICHE ARMUTSSTATISTIK: NICHTS ALS AUGENWISCHEREI

Bei den bürgerlichen Armutsstatistiken handelt es sich um die sogenannte relative Armut, die gemessen wird. Dieses Konzept der relativen Armut misst die Armut anhand des Lebensstandards in der BRD. Dabei wird allerdings nur die Höhe des Einkommens einbezogen, nicht aber die Höhe von Ausgaben, die je nach Wohnort sehr unterschiedlich sein können. Hierfür hat die Bourgeoisie eine Einkommensgrenze erfunden. Unterschreitet man diese, gilt man als arm. So gilt man in der BRD als arm, wenn man weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der deutschen Gesamtbevölkerung verdient. Bei einem Einpersonenhaushalt liegt dieser Wert bei 1250 Euro Netto. Eine Familie mit zwei Kindern gilt ab einem zur Verfügung stehenden Einkommen von 2625 Euro monatlich als arm.

Die Auswirkungen von Preissteigerungen und Inflation spielen in der bürgerlichen Armutsstatistik überhaupt keine Rolle. Dass vor allem die untersten Schichten der Arbeiterklasse davon

getroffen sind, während Menschen anderer Klassenherkunft kaum mit diesen zu kämpfen haben, wird in den Statistiken, die die herrschende Klasse über unsere voranschreitende Verarmung rausgibt, bewusst ausgeblendet. Nicht einmal Fakten wie der um 2,3 Prozent gesunkene Reallohn, welche in der Tat direkt mit dem Einkommen zu tun haben, spielen in diesen Statistiken keine Rolle. Das macht diese Statistiken für uns weitestgehend zu einer Farce, und dennoch zeigen sie, dass die Armut immer weiter wächst.

TEURES HAMBURG

Noch wichtiger als Inflation und Preissteigerungen – wenn auch keineswegs unabhängig davon – sind die jeweiligen unterschiedlichen Gegebenheiten, die die verschiedenen Städte aufweisen. So hat beispielsweise jede einzelne Stadt in der BRD einen eigenen Mietspiegel. Dieser liegt in Hamburg seit jeher mit am höchsten im deutschen Städtevergleich. 14,52 Euro zahlt man aktuell durchschnittlich pro Quadratmeter in Hamburg. Das bedeutet, dass die Ausgaben für Miete in unserer Stadt in der Regel höher sind als in den meisten anderen deutschen Städten. Wohnen ist teurer als andernorts, während die niedrigsten offiziellen Einkommen, dem Mindestlohn entsprechend, gleich sind.

Dazu kommt ebenfalls, dass die rot-grüne Hamburger Landesregierung seit 2020 aktiv dabei ist, die Lebenshaltungskosten zu erhöhen. In unterschiedlichen Bereichen hat der Hamburger Senat Konzepte auf den Weg gebracht, die die Preise in die Höhe treiben. Bleiben wir zunächst bei den Mieten. Seitdem die Inflation in der BRD in die Höhe schießt, wird in Hamburg immer flächendeckender das Konzept der Indexmiete durchgesetzt. Dieses Konzept koppelt die Höhe der Miete direkt an die Inflation. Bedeutet ganz einfach: Steigt die Inflationsrate, steigt auch die Miete. Dieses Konzept, das die Ausplünderung der Mieter – besonders natürlich in Zeiten von Inflation – weiter verschärft, wird sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene zugelassen und durchgesetzt.

Ein Konzept, das eigentlich genauso funktioniert wie die Indexmiete, führte der Hamburger Senator für Schule und Berufsbildung, Ties Rabe (SPD), schon 2020 in Bezug auf das Mittagessen in Schulen ein. Auch an dieser Stelle gilt seitdem ein Index, der die Preise an die Inflationsrate bindet. Im August

erhöhte sich der Preis fürs Essen in den Schulmensen entsprechend von 4,15 Euro auf 4,80 Euro. Dass solche Politiker nicht die Interessen der breiten Massen vertreten, sondern lediglich der Reichen und dieses Systems, wird bei diesen Maßnahmen offensichtlich, mit denen sie die Krise nur weiter auf unsere Schultern abwälzen!

AUCH ARBEITSLSENQUOTE STEIGT

Auch die Arbeitslosigkeit in Hamburg ist dieser Tage auf einem Höchststand. Nachdem sich die Quote nach 2020 (Wir erinnern: damals verloren Hunderttausende ihre Jobs und Millionen Arbeiter waren in der BRD in Kurzarbeit) zunächst wieder etwas erholt hatte, ist diese nun wieder beinahe so hoch wie damals. Zum ersten Mal seit 2020/2021 hat die Anzahl der Arbeitslosen in diesem Sommer wieder die Marke von 80.000 überschritten. Genau genommen meldete die Hamburger Agentur für Arbeit 81.999 Arbeitslose im Juli 2023. Das sind mehr als 5000 Arbeitslose mehr als noch im Juli 2022. Sönke Fock, Chef der Hamburger Agentur für Arbeit, sagte in einem Interview mit Zeit Online dazu: *„Die schwache Konjunktur in Deutschland hat Hamburg seit vielen Monaten im Griff und sorgt dafür, dass die Arbeitslosigkeit seit Beginn des Jahres auf hohem Niveau bleibt.“* Mit anderen Worten heißt das, dass die ökonomische Krise weiterhin voll im Gange ist, und die hohe Arbeitslosigkeit ist eine Folge davon.

Das ach so reiche Hamburg ist derzeit ein gutes Exempel für die Situation des Klassenkampfes in diesem Land. Denn seit mittlerweile fünf Jahren befindet sich der deutsche Imperialismus in einer schweren ökonomischen Krise. Die deutsche Wirtschaft wird schwächer, befindet sich in der Rezession und es zeigt sich, dass Verbesserungen nicht in Sicht sind. Was das für die Arbeiter und das Volk bedeutet, zeigen die Zahlen aus Hamburg, die wir in diesem Artikel aufgezeigt haben. Mehr Armut, höhere Arbeitslosigkeit, geringerer Lebensstandard und Politiker, die die Krise des deutschen Imperialismus auf die Schultern der Massen abwälzen. •

USBEKISCHE STUDENTEN IM FERIEJOB BETROGEN

Im Gewerbegebiet Airport-Stadt-West, zwischen den Toren der Leiharbeitsfirma Hella, Auto-Komponenten-Zulieferer, Paketlieferant FedEx und weiteren miesen Ausbeutern hat die Leiharbeitsfirma *RAJ Personal Services* ihre Räumlichkeiten. Diesen Sommer wurde ein Betrugsfall um das Unternehmen öffentlich, der vergleichsweise sehr wenig Aufmerksamkeit erlangt hat. Es geht um die Beschäftigung von 76 jungen Menschen aus Usbekistan, hauptsächlich Studenten, die sich dort mittels der Agentur „Turon World Cooperation“ für einen dreimonatigen „Work and Travel“-Aufenthalt in Deutschland angemeldet haben. RAJ bot den jungen Menschen in Bremen weder eine Unterkunft, noch einen Arbeitsplatz an; lediglich in einer anderen Stadt in Süddeutschland konnten sie arbeiten – 13 oder 14 Stunden am Tag für einen Hungerlohn.

Anfang Juli wurden Berichte über der Situation der 76 Usbeken, die sich Anfang Juni aus der Hauptstadt Taschkent auf den Weg nach Deutschland machten, um hier drei Monate lang als Erntehelfer zu arbeiten und nebenbei das Land kennenzulernen, veröffentlicht. Der Job als Erntehelfer wurde in dem mit RAJ in Taschkent unterzeichneten Vertrag auf 35 Wochenstunden und einen Stundenlohn von 13 Euro festgesetzt, was bis Ende August Nettoentgelte von 5000 Euro bedeutet hätte. Dieses Geld ist der Grund, warum so viele sich für den Aufenthalt gemeldet haben – denn ein Euro, oder umgerechnet knapp 13.000 Usbekische Soʻm, hat in Usbekistan eine wesentlich höhere Kaufkraft. Die Einnahmen aus nur 3 Monaten Ferienarbeit hätten für ihre Familien, die zwar oft Akademikerfamilien sind, aber trotzdem in armen Verhältnissen leben, eine erhebliche finanzielle Verbesserung bedeutet. Dafür wurden auch die hohen Anmelde- und Reisekosten in Kauf genommen – 600 bis 700 Euro für die Organisation und den Aufenthalt, und 550 Euro für den von Turon World extra organisierten Charterflug, was den Preis eines Linienflugs von Usbekistan nach Deutschland deutlich übersteigt.

In Bremen angekommen, warteten die Studenten auf einen Anruf der RAJ, wo ihnen dann bezüglich Unterkunft und Arbeitsort alles mitgeteilt werden sollte, aber der blieb aus. Daraufhin wurde die Gruppe von Turon World für zwei Nächte in einem

Hostel untergebracht, wo sie die Kosten selber zahlen mussten. Dann verstreuten sie sich, und der neue Ort zum Schlafen wurde der Bremer Hauptbahnhof; andere wurden von Turon World in zwei andere Städte geschickt: In München gab es ebenfalls keine Arbeit und der Aufenthalt endete in einer U-Bahn-Station. Ende Juni teilte das usbekische Portal „kun.uz“ ein Video eines usbekischen Bloggers, das unzählige junge Menschen in einer Münchener U-Bahn-Station sitzend und z.T. übernachtend zeigt. Die Zahl der usbekischen Studenten, die sich dort insgesamt aufhalten, wird laut den Publizierern auf 300 geschätzt. Es scheint, als habe es andere von Turon World angeworbene Studenten, die vorher und z.T. für Leiharbeitsfirmen in anderen deutschen Städten angereist waren, gleichermaßen getroffen. München, wo die meisten Flüge von Taschkent aus hingehen, wird dann zum Sammelbecken. In einer anderen Stadt wurde man schwarz auf eine Baustelle geschickt, wo man 13 bis 14 Stunden am Tag für vier bis fünf Euro arbeiten musste. *„Wer nach einer Woche nicht mehr konnte, soll kein Geld für seine Arbeit bekommen haben“*, so der Bericht. In Bremen suchten einige der dort Geblienen die Räumlichkeiten der RAJ in der Airport-Stadt-West auf, wo ihnen schlicht erklärt wurde, man habe keine Arbeit für sie. Turon World hatte darauf beharrt, sie dürften sich nicht bei der RAJ melden. Eine Woche später gingen ungefähr zehn der Usbeken und Usbekinnen in Begleitung eines Dolmetschers auf das Gelände, wieder wurden sie abgewiesen. RAJ wäre aber auch bei mangelnder Auftragslage, einem „Annahmeverzug“, gesetzlich dazu verpflichtet, den Usbeken trotzdem ein Gehalt zu zahlen.

Was viele sich nicht vorstellen können, dass Leute hier auf Baustellen 13 oder 14 Stunden am Tag arbeiten müssen, ist für Menschen aus der dritten Welt, die hier in Not und Armut und ohne Rechte leben, keine Seltenheit. Die Imperialisten nutzen den halbkolonialen und halbfeudalen Status Usbekistans schamlos aus, um an billige Arbeitskraft zu kommen, die man unter deutschen Staatsbürgern so nicht finden würde, und hier aber besonders auch, um sich mit billigen Tricks zu bereichern. RAJ und Turon World haben, ohne irgendein Geld für Unterkünfte zu zahlen oder (zumindest anfangs) Arbeit zu vermitteln, 76 mal 600 bis 700 Euro von den usbekischen Studenten eingenommen, d.h. insgesamt um die 50.000 Euro, ein

reines Abzockegeschäft, was nur funktionieren kann, weil die Ausgenutzten im fremden Land unterm Strich ohne Rechte dastehen.

Dass es gerade in dieser Frage einen Unterschied zwischen dem, was auf dem Papier steht, und der Realität gibt, zeigt der bürokratische Aufwand für eine Arbeitserlaubnis. Um in Deutschland doch noch etwas Geld zu machen, um den Aufenthalt und die Rückreise zu finanzieren und vielleicht sogar etwas darüber hinaus zu verdienen, müssen sie laut Bundesarbeitsagentur zuerst aus dem Vertrag mit RAJ raus. Dann wäre allerdings ein neues Visum der deutschen Botschaft in Taschkent nötig, weil das bisherige nur über den Vertrag mit der RAJ lief. Das Auswärtige Amt hingegen widerspricht dieser Aussage, denn die Usbeken sind bereits in Deutschland und somit ein Fall für die deutschen Ausländerbehörden. Da aber auf dem Visum eine grundlegende Arbeitserlaubnis erteilt ist, sieht sich die Ausländerbehörde, die diese sonst austellt, nicht mehr dafür zuständig. Die ganze Bürokratie ermöglicht somit, dass die usbekischen Studenten weiter verdeckt zu den schlimmsten Bedingungen in Schwarzarbeit ausgebeutet werden können.

Die Bundesarbeitsagentur ist nebenbei auch Beglaubiger des Antrags der RAJ auf Ferienbeschäftigung für die usbekischen Studenten. Auch hier gibt es Ungereimtheiten – so ist als Kontaktvermittler der Studenten zu RAJ in mehreren Anträgen nicht Turon World, sondern ein Sprachreisen-Unternehmen namens „Uzcamp“ mit dem gleichen Firmensitz wie Turon World angegeben. Aber das sind Informationen, die die Agentur nicht interessieren. Und so kümmert sich auf Seiten der BRD erst mal niemand darum, was für kriminelle Geschäfte mit fast 80 jungen Menschen aus Usbekistan hier gemacht werden. Auch wird nicht eingeschritten, obwohl gegen eine Verantwortliche von RAJ schon einmal Anklage erhoben worden war wegen Urkundenfälschung in zehn Fällen. Die Chefin von RAJ, Anna Voitenko, war bis Anfang dieses Jahres in einer weiteren Agentur als CEO tätig, der „KMA Recruiting UG“, und besitzt wohl zudem zwei weitere Unternehmungen in Hamburg. RAJ beschreibt sie folgendermaßen:

„Vermittlung von ausländischen Arbeitskräften. RAJ-Personalservices ist ein junges dynamisches Unternehmen, das sich sowohl auf Zeit-/Leiharbeit als auch auf klassische Direktvermittlung von Personal spezialisiert. Unser Ziel ist es, deutsche Unternehmen

mit qualifiziertem Personal aus dem Ausland zu versorgen, mit Blickwinkel auf Ukraine, Polen und Russland. Zudem kümmern wir uns um Sonderprojekte wie Studentenpraktika, Ferienbeschäftigungen und Pay Roll.“

Während die schmutzigen Gelder in irgendwelchen Büros in gewaschene Hände flossen, verbrachte weiter ein Großteil der Usbeken die Zeit an deutschen Bahnhöfen. Die mit mehr finanzieller Unterstützung von zu Hause konnten sich mit einigen Leuten kurzzeitig ein Zimmer mieten. Eine Gruppe berichtet, dass nach zwei Wochen im Juni für rund 300 Euro für den Juli dann 800 Euro von ihnen für eine Ein-Zimmer-Wohnung am Stadtrand verlangt worden sei – zu viel für die Studenten. Anfang Juli soll sich RAJ bei den jungen Leuten gemeldet haben, dass es Arbeit in einer anderen Stadt gebe; die restlichen in Bremen Gebliebenen reisten dorthin ab. Der weitere Verlauf ist nicht bekannt geworden. Klar ist nur, dass sie, wenn sie im September wieder in der Heimat sind, eine Menge Illusionen in dieses System gegen eine Menge Klassenhass auf die deutschen Imperialisten eingetauscht haben werden. •



Usbekische Jugendliche übernachten in einem Münchener U-Bahnhof

RAZZIA GEGEN ARBEITERFAMILIEN IN NRW

In Duisburg gibt es inzwischen eine lange Tradition der Behörden, gegen Rumänen und Bulgaren vorzugehen. Es trifft dabei vor allem die Rumänen und Bulgaren aus der Volksgruppe der Roma. Seit am 1. Januar 2007 Rumänien und Bulgarien Teil der Europäischen Union geworden sind, ist es auch zu einer vermehrten Migration von Menschen aus diesen Ländern nach Deutschland gekommen. Das ist nichts Verwerfliches und auch nichts Ungewöhnliches. Die meisten Länder auf der Welt sind unterdrückte Nationen, die durch den Imperialismus in einem Zustand von halbkolonialer und halbfeudaler Ausbeutung und Unterdrückung gehalten werden; viele Menschen aus den unterdrückten Nationen versuchen also, diesen Zuständen zu entkommen und ein besseres Leben für sich und ihre Familien in den imperialistischen Ländern zu finden. So ist das auch mit Deutschland und Bulgarien und Rumänien.

Am 15. August ist es in Duisburg-Friesenheim zu einer Razzia gegen rumänische und bulgarische Roma gekommen. Genau genommen geht es um einen Wohlkomplex am Erlinghagenplatz. Dieser dürfte einigen vielleicht schon durch die ein oder andere Hetz-Reportage von Spiegel TV bekannt sein. Das, was diese Razzia von anderen unterscheidet, ist der Grund, als auch, wer daran beteiligt war. Unter der Führung der neuen Stabsstelle Sozialleistungsbetrug mit „Amtshilfe“ der Polizei stürmten am Dienstagmorgen Beamte des Steueramts, des Amt für Soziales und Wohnen, der Ausländerbehörde und der Familienkasse der Arbeitsagentur die 140 Wohnungen. 435 Menschen wurden an diesem Tag kontrolliert. Offizielles Ziel der Razzia war es, den aktuellen Meldestand mit dem tatsächlichen Bewohnerstand abzugleichen. So sollte der angebliche Kindergeldbetrug und Schwarzarbeit aufgedeckt werden. Die Ergebnisse des Einsatzes sprechen jedoch eine andere Sprache. Ernste juristische Verstöße gab es soweit keine. Die Razzia zählte ganze 26 Parkverstöße, 58 Vollstreckungsaufträge wurden gegen Schuldner vollstreckt und vier Menschen wurden wegen angeblich illegalem Aufenthalt von den Bullen festgenommen. Ansonsten konnten die Bürokraten feststellen, dass 86 Menschen anwesend waren, die nicht in den Wohnungen gemeldet sind. 27 Menschen wurden noch vor Ort von den Behörden zwangsabgemeldet, weil die Beamten meinten, dass sie dort nicht

wohnen würden. Die eingesackten Unterlagen werden im Nachgang durch die unterschiedlichen Behörden abgeglichen und danach bewertet, ob die Menschen nach den Maßstäben der Behörden Anrecht auf Kindergeld haben oder nicht.

Die Bilanz der Razzia liest sich wie ein schlechter Witz. 435 Menschen wurden von Stadt und Polizei am frühen Morgen mit Durchsuchungsbefehlen und Waffen im Anschlag aus ihrem Betten gezerrt, nur damit der deutsche Staat am Ende des Tages ein paar Knöllchen aufschreiben, Schulden eintreiben und eine handvoll Menschen abschieben kann. Terror gegen das Volk ist ein durchaus passender Begriff, um das zu beschreiben, was da in Duisburg passiert ist. Der bürgerliche Staat versucht in Krisenzeiten, jeden Cent aus den Ärmsten herauszuquetschen, und sollte jemand unangenehme Fragen stellen, dann legitimiert er das mit rassistischer Hetze von faulen Sozialschmarotzern aus Osteuropa.

Sören Link, SPD-Oberbürgermeister von Duisburg und in der Stadt verhasst wie fast kein Anderer, zeigt sich als großer Freund der neuen Stabsstelle gegen Sozialleistungsbetrug und prahlte mit falschem Stolz über *„diese neu geschaffene Stelle als wirkungsvolles Instrument im Kampf gegen jene, die nicht bereits seien bestehende Regeln einzuhalten.“* Seine Worte sind jedoch nicht verwunderlich. Wie Link zu Menschen aus Rumänien und Bulgarien steht, hat er in seiner mehr als zehnjährigen Amtszeit in Duisburg so oft es geht unter Beweis gestellt. Bei einer „Flüchtlingskonferenz“ im Jahr 2015 posaunte er in widerlicher Manier heraus *„Ich hätte gerne das Doppelte an Syrern, wenn ich dafür ein paar Osteuropäer abgeben könnte.“* Zwei Jahre später setzte er noch einen drauf und meinte *„Die Osteuropäer kommen ja nicht alle nach Duisburg, um hier zu arbeiten“.*

DIE LAGE DER ROMA

So macht sich der Sozialdemokrat verächtlich über die Menschen, welche unter erheblicher Führungsrolle des deutschen Imperialismus in ganz Europa auf besonders schlimme Art und Weise ausgebeutet, unterdrückt und gejagt wurden, lustig. Denn ja, es stimmt, wenn gesagt wird, dass die Lage in vielen von Roma bewohnten Quartieren unmenschlichen Bedingungen entspricht.

Das liegt aber nicht an einer angeblich barbarischen Natur der Volksgruppe, sondern an Jahrhunderten der Knechtung und Vertreibung, die bis heute weitergehen.

In Rumänien werden Roma-Kinder nach wie vor oft nach Rassenkriterien separiert und in getrennten Schulklassen unterrichtet. Roma sind in Rumänien und Bulgarien überdurchschnittlich oft Analphabeten und werden systematisch vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Die Konsequenz dieses wirtschaftlichen Ausschlusses ist, dass Roma sich vor allem auf ihre Familienverbände verlassen müssen, wenn sie durchkommen wollen, und Arbeiten übernehmen müssen, die sonst keiner machen will. Ein anderer Aspekt dieses gesellschaftlichen Ausschlusses ist die seit Jahrhunderten stattfindende Verdrängung der Roma in reine „Zigeuner“-Siedlungen, welche sich meist an Stadträndern befinden und keinen Zugang zu sauberem Wasser und Strom haben. Auch in der BRD sieht es nicht besser für die Roma aus. Wie viele andere Rumänen und Bulgaren sind sie aufgrund der Zustände in ihren Herkunftsländern, auch in Deutschland, gezwungen, oftmals die schlechtbezahltesten und körperlich anstrengendsten Arbeiten zu verrichten. So versuchen sich viele Roma in Deutschland als Gärtner oder Schrotties durchzuschlagen oder sind gezwungen, für einen Hungerlohn in Fleischfabriken wie bei Tönnies zu arbeiten, um ihre Familien zu ernähren.

Das ist die Funktion der chauvinistischen Hetze, die unter anderem Roma entgegenschlägt. Man kann sie zu schlimmeren Konditionen ausbeuten und damit noch das Volk gegeneinander aufhetzen. Wie gut das stellenweise funktioniert, zeigt ein Beispiel von vor genau 10 Jahren. Damals kaufte ein Lump, der sonst eher Gebäude an Zuhälter vermietet, ein Hochhaus in Duisburg-Rheinhausen. Anschließend vermietete er die Wohnungen an Roma-Familien und belegte das Haus systematisch über. Für ihn war das ein guter Deal, an dem er sehr gut verdiente. Der Stadt teilte er die Überbelegung natürlich nicht mit, obwohl es ein offenes Geheimnis war. Die Konsequenz war, dass es zu wenig Mülltonnen und andere städtische Dienste für zu viele Bewohner gab. Natürlich gab es dann auch ein Problem mit Dreck und Müll. In der Nachbarschaft bildete sich daraufhin ein Bündnis aus reichen Spießbürgern und Faschisten, welches auf Facebook und der Straße damit drohte, das Hochhaus anzuzünden und die Roma-Familien zu ermorden. Die Duisburger Lokalpolitik und Polizei leisteten dieser

Kampagne Schützenhilfe, wo es nur ging. Damals war es nur der gemeinsame Widerstand von Antifaschisten und Roma-Familien, welche mit Gewalt den rassistischen Mob mehrmals daran hindern mussten, seinen Worten Taten folgen zu lassen. Später ließ die Stadt das Haus räumen und verteilte die Bewohner dezentral auf verschiedene Bruchbuden um.

ES KANN ALLE TREFFEN

Die Razzia der Stabsstelle Sozialleistungsbetrug ist nur ein anderes Mittel im Kampf darum, die Ausbeutung aufrechtzuerhalten. Die Mittel, die bei der Razzia eingesetzt wurden, werden aber nicht nur Roma, sondern auch alle anderen Arbeiter treffen. Dass mehrere Behörden samt Polizei unter einer Führung zentralisiert worden sind, zeigt sehr gut auf, wie die Militarisierung und Reaktionsierung des bürgerlichen Staates immer weiter vorangetrieben wird. Die verschiedenen Behörden werden auf den Kampf gegen das Volk ausgerichtet und optimiert. Aus einer Stabsstelle Sozialleistungsbetrug kann morgen die Stabsstelle Mietschulden werden, die dann ihrerseits Razzien gegen alle veranstaltet, die ihre aufgrund der steigenden Preise Probleme mit der Miete haben. Deswegen ist es trotz aller Probleme und Unterschiede, die wir im Volk manchmal untereinander haben, immer wieder wichtig, im Kopf zu behalten, dass wir uns nicht vom bürgerlichen Staat, seinen Politikern und Medien spalten lassen dürfen. Stattdessen sollten wir gemeinsam gegen unsere Probleme, die durch ihr imperialistisches System verursacht werden, kämpfen und uns gegen ihre Angriffe wehren. •



MÜLL IN FREIBURGS ARBEITERVIERTELN

Beim Leben in Städten kommen grundsätzlich viele Menschen auf engem Raum zusammen. Da, wo viele Menschen leben, entsteht natürlich auch viel Müll. Grundsätzlich ist dies auch kein Problem, solange der Müll schnell entsorgt wird. Wenn dies allerdings nicht passiert, wird es zu einem gewaltigen Problem. Genau dies ist die Situation in manchen Freiburger Stadtteilen.

Wenn wir uns die Müllsituation in Freiburg anschauen, müssen wir zwischen verschiedenen Stadtteilen differenzieren. Es gibt wohlhabende Stadtteile wie Vauban oder Littenweiler, die wie geleckert aussehen, gemischte Stadtteile, wie den Stühlinger, in welchen man durchaus auch dreckige Ecken finden kann, und dann gibt es noch die armen Stadtteile. Viertel wie Weingarten oder Landwasser, in denen die Mehrheit der Einwohner keine Studenten, sondern Arbeiter sind. Viertel, in welchen es viel Armut und auch einen hohen Anteil an Sozialwohnungen gibt. Die Stadt Freiburg gibt sich zwar oftmals als sehr sozial und menschenfreundlich aus, doch wenn man sich die Lebensbedingungen in den genannten Arbeitervierteln anschaut, dann sieht man, dass das ganze soziale Gesülze von Oberbürgermeister Martin Horn oder den zahlreichen anderen Lokalpolitikern Show ist und es tatsächlich nicht der Wahrheit entspricht. Auch in der Frage der Müllsituation wird dies besonders deutlich.

Wenn man durch Weingarten läuft, dann fällt schnell auf, dass an jeder Ecke Müll auf der Straße herumliegt. Auch an den Müllcontainern den zahlreichen Wohnanlagen sieht man, dass diese absolut überfüllt sind und sich der Müll neben diesen stapelt. Und dabei ist es egal, an welchem Tag und zu welcher Zeit man unterwegs ist. Neben dem zahlreichen Müll, den man überall im Viertel sieht, zeigt sich auch ein weiteres Problem, welches aus dieser Situation hervorgeht: Das Problem mit den Ratten. Häufig sieht man sie hier entlang der Häuser durch die Gegend huschen. Entlang der Müllräume und Container ist die Situation besonders schlimm. Viele Anwohner berichten unseren Korrespondenten, dass sie aufgrund der Ratten Angst davor haben, in die Müllräume zu den Containern zu gehen, um ihren Müll zu entsorgen. Das führt dazu, dass viele Leute ihren Müll dann nicht ordnungsgemäß in den Containern entsorgen, was die Situation natürlich noch weiter verschlimmert.

Wenn man in Weingarten mit den Menschen darüber spricht, was denn die Probleme hier im Viertel sind, bekommt man häufig als Antwort „der Müll“. Die meisten Menschen hier im Stadtteil sind unzufrieden mit der katastrophalen Abfallsituation. Oft schon haben sich Anwohner an die bürgerliche Presse gewandt, um darüber zu berichten, oder sich bei der Stadt für ihr mangelndes Handeln beschwert.

Es gab in den letzten Jahren neue Reinigungs- und Müllkonzepte, sowie Gespräche zwischen Anwohnern und der Stadt, bzw. deren Wohnungskonzern, geändert hat sich jedoch an der ganzen Situation in all den Jahren nichts. Viele Bewohner beschwerten sich darüber, dass die Müllcontainer in ihren Wohnanlagen zu klein bzw. zu wenige sind und forderten von der Stadt, dass der Müll öfters abgeholt werden sollte. Die von Anwohnern an die Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg (ASF) gestellte Forderung, dass für den Stadtteil Weingarten die selbe Reinigungsintensität gelten sollte wie für die Innenstadt, wurde von der ASF allerdings in Vergangenheit bereits abgelehnt. Begründet wurde dies damit, dass dies „schwerlich zu leisten“ wäre, und dass ja ohnehin die Eigentümer oder Hausverwaltung für die Abfallbeseitigung zuständig seien.

Da, wo die Häufigkeit der Abfallbeseitigung zunimmt, läuft dies dann allerdings auch oft zum Nachteil der Bewohner. So hat der Wohnungskonzern Vonovia beispielsweise damit begonnen, eine Firma zu beauftragen, um zusätzlich zu den regelmäßigen Abholungen durch die ASF den Müll in der Vonovia-Wohnanlage im Augener Weg zu beseitigen. Dabei hat die Vonovia die Kosten dafür allerdings nicht mit ihren enormen Profiten bezahlt. Nein, die Kosten für die zusätzliche Abfallbeseitigung wurden einfach kurzerhand auf die Bewohner der Wohnanlage abgewälzt, welche aus ihrer eigenen Tasche nun die doppelten Kosten für die Abfallbeseitigung zahlen mussten. Auch bei Häusern der Freiburger Stadtbau ist das auf ähnliche Weise der Fall.

In der Debatte über die Müllsituation in Freiburgs Arbeitervierteln ist eine typische Argumentation der Stadt und der Wohnungskonzerne, dass die Bewohner der Viertel schuld an jener Lage wären. Es wird immer wieder darauf verwiesen, dass der Grund für die Problematik der sei, dass die Anwohner ihren

Müll illegalerweise unsachgemäß entsorgt. Daher bräuchte man auch unbedingt mehr Aufklärung über den richtigen Umgang mit Müll und mehr Gespräche mit den Anwohnern. Gespräche, welche natürlich nichts an der Lage ändern werden. Unterstützung



bekommen Stadt und Wohnungskonzerne dabei auch von der Presse. Bei den zahlreichen zu diesem Thema veröffentlichten Artikeln der Badischen Zeitung wird oftmals sehr deutlich klargemacht, dass es ja ein großes Problem sei, dass in den Stadtteilen der Müll illegal und unsachgemäß entsorgt wird und es wird versucht, den Eindruck zu vermitteln, dass dies die Ursache des Problems sei.

In der Tat kommt es auch manchmal vor, dass Müll einfach irgendwo im Viertel abgelegt wird. Aber im Klartext: Wenn die Mülltonnen ständig überfüllt sind, wo sollen die Leute ihren Müll denn sonst hinbringen, außer neben die Tonnen oder auf die Straße? Und natürlich, wenn sowieso schon eine halbe Müllhalde vor der Haustür liegt, hat man auch eine niedrigere Hemmschwelle, seinen Müll einfach dazu zu legen. Doch der ganze Fokus, der auf das falsche Entsorgen des Mülls gelegt wird, ist total unsinnig und dient dem Zweck, die Verantwortung für den Stadtteil von der Stadt und den Wohnungskonzernen weg zu schieben. Es wird außerdem bewusst ein Bild von den „unzivilisierten“ Arbeitern geschaffen, um eine entsprechende Stimmung zu schaffen und auch anhand dieser Frage die Klasse zu spalten.

Die Dinge, die tatsächlich etwas ändern könnten und von vielen Anwohnern auch schon vorgeschlagen wurden, werden von der Stadt einfach abgelehnt.

Obwohl jene Viertel dichter besiedelt sind, kommt die Müllabfuhr nicht häufiger als in den anderen Stadtteilen. Und wenn doch zusätzliche Abfallbeseitigung stattfindet, müssen die Bewohner die Kosten übernehmen. Die Stadt weigert sich auch in den zahlreichen von Ratten geplagten Wohnanlagen, Gelbe Tonnen einzuführen, wie es sie in manch anderen Stadtteilen gibt. Diese würden, wenn es sie gäbe, verhindern, dass Krähen und Ratten die gelben Säcke zerfetzen und verteilen, wodurch die Ungezieferplage noch weiter zunimmt. Anstatt mehr Müllcontainer in den Wohnanlagen bereitzustellen, wird sich auf arrogante Weise einfach weiter über das „mangelnde Verantwortungsbewusstsein“ der Anwohner echauffiert.

Den Höhepunkt fand die Müllsituation kürzlich im Stadtteil Landwasser. Über drei Wochen lang wurden dort die Müllsäcke bei drei Hochhäusern in der Auwaldstraße nicht abgeholt. Hintergrund ist, dass die Wohnungsgesellschaft, welche die Häuser vermietet, einfach die Zahlungen an die Stadtreinigung nicht getätigt hat, woraufhin diese die Müllentsorgung bei diesen Häusern einstellte. Die Folge waren absolut unwürdige humanitäre Zustände durch den Müll von mehreren Wochen, welcher sich vor den Häusern stapelte und entsprechend auch eine Rattenplage auslöste, welche die Bewohner vorher noch nie in diesem Ausmaß erlebt hatten. Gleichzeitig wäre so etwas in anderen Vierteln undenkbar. In den eher wohlhabenden Stadtteilen wird auf der Straße herumliegender Müll sofort aufgesammelt und beseitigt. Doch die Situation der Massen in den Arbeitervierteln ist der Stadt egal.

Irgendein reicher Wohnungskonzern zahlt also seine Rechnungen nicht und die Stadt lässt dann einfach die Anwohner dafür leiden. Dieselben Leute, die dafür verantwortlich sind, erzählen uns dann an anderer Stelle, dass wir ja an der schlechten Situation in unseren Vierteln schuld seien. Mit ihrer Arroganz machen sie folgendes klar: Sie scheren sich nicht um die Lebensbedingungen in unseren Vierteln und werden auch nichts an den bisherigen Umständen ändern. •



„GLAS“ – NINA CHUBAS DEBÜTALBUM

Im Februar releaste die Sängerin Nina Chuba ihr erstes Studioalbum mit dem Namen „Glas“. Nina Chuba wurde im letzten Jahr durch den Song „Wildberry Lillet“, der im Radio, auf Festivals etc. immer noch hoch und runter läuft, deutschlandweit bekannt. In den deutschen Charts standen sowohl das Album als auch seine prominenteste Single-Auskopplung schon an der Spitze, weshalb wir hier mal einen Blick auf die Lieder in „Glas“ werfen wollen.

Nina Chuba, mit echtem Namen Nina Katrin Kaiser, wurde 1998 im beschaulichen Wedel bei Hamburg geboren und machte schon früh Karriere als Kinderchauspielerin, unter anderem in der Fernsehserie „Die Pfefferkörner“. Mit 20 Jahren hielt sie nichts mehr in ihrem Nest und sie zog, wie fast alle anderen eingebildeten Nachwuchskünstler, nach Berlin, Europas Individualismus-Hauptstadt. Dort begann ihre Solo-Karriere.

ICH WILL, ICH WILL, ICH WILL

Zugegebenermaßen hat „Wildberry Lillet“ eine Melodie, die, auch wenn sie nicht besonders ausgefallen ist, im Kopf hängen bleibt. Entsprechend schnell merkt man sich die Ideen, die Nina Chuba in die Köpfe der Zuhörer einhämmern will; und da geht es eigentlich nur darum, was sie alles haben will. *„Ich will Immos, ich will Dollars, ich will fliegen wie bei Marvel – zum Frühstück Canapés und ein'n Wildberry-Lillet“*, geht die Hook, die die meisten Radiohörer in Deutschland mittlerweile unfreiwillig mitsingen können. Die Zeile *„Ich will haben, haben,*

haben“ fasst das Lied gut genug zusammen. Wie ein kleines Kind zählt die 24-jährige auf, was sie so alles an Eigentum und Luxusartikeln haben möchte. Immobilienbesitz und Private-Jets in der Garage sind wieder richtig cool; sie zielt immer auf ihren persönlichen Vorteil, als ob das etwas gutes wäre (*„Ich hab Hunger, also nehm ich mir alle vom Buffet“* / *„Will am Tisch die besten Karten“*). Das rechtfertigt sie von einem kleinbürgerlich-feministischen Standpunkt aus und tritt in diesem Lichte besonders frech und „kokett“ auf. Da wundert es nicht, dass das Video von Wildberry Lillet ein Feature der Rapperin Juju, die mit SXTN sehr ähnliche Standpunkte vorgebracht hat, enthält.

Ein exquisites Leben als fauler Parasit auf dem Rücken der Ausgebeuteten und Unterdrückten ist, was diese harmlos erscheinende Person unseren Leuten, denen sie täglich durch die Musikindustrie auf Spotify, Amazon, TikTok und YouTube vorgeschlagen wird, predigt. Dazu kommt das fast schon penetrante Bewerben bekannter Marken, sodass das ganze Lied und Musikvideo eigentlich als ein großer Werbespot verstanden werden können: Schweppes-Flaschen im Video, das Anpreisen der Marvel-„Superhelden“ und natürlich im Mittelpunkt das Produkt eines französischen Aperitifherstellers.

NINA IM MITTELPUNKT

Nach zwei Singles, die noch an ihre Zeit in Wedel erinnern, wurde im Mai 2022 die Single „Femminello“ veröffentlicht, die auf *Glas* den Track 10 belegt. Das Musikvideo zeigt Nina Chuba unterwegs mit einem glänzenden roten Cabriolet in Italien herumfahren, vor einer riesigen Villa posieren und sich drinnen amüsieren – unter anderem in einer Badewanne voll mit Orangen. Dazu singt sie *„Der Tisch ist gedeckt, es gibt nichts was uns fehlt“*. Inspiriert wurde sie womöglich von ihrem ersten eigenen „Songwriting-Camp“ auf Sizilien, wo sie und ihre Crew in einer Villa mit Privatkoch untergebracht einen Teil der Lieder für „Glas“ komponierten.

Viele andere Lieder auf dem Album sind schnulzige Liebeslieder, wie z.B.



Nina Chuba (rechts) mit Rapperin Juju

die als Doppel-Single erschienen Tracks „Fieber“ und „Glatteis“. „Womit hab ich das verdient“, singt Nina Chuba. Im Video dazu fährt sie mal in einem schrillen Kleid auf einem Eisglättfahrzeug durch ein Eisstadion, mal auf der Ladefläche eines LKW knapp bekleidet mit teurem Schmuck und einem aufwendig gedeckten Tisch mit schickem Essen durch ein verschneites Gebirge. Im Laufe des Albums wird dabei auch sehr deutlich, wie sehr sie sich als Mittelpunkt von allem betrachtet. Im Lied „Solo“ singt sie:

„Solo, solo
 Ich ganz alleine im Strobo
 Komplett am Abdriften,
 Tokio
 Drop down, bounce back
 wie ein Jojo“

Gespickt mit Zeilen über Kir Royal, Tesla, teure Kerzen, Satinkleider, Nike Shox, Vintage-Prada und so weiter, fährt das Album mit dieser inhaltlichen Ausrichtung fort – alles dreht sich um Nina und ihre Gefühle. Zwei Lieder, die da etwas herausstechen, sind zu erwähnen: Einmal die neueste Single „Mangos mit Chili“, in welcher sie im Musikvideo mit einem Trainingsanzug durch eine Plattenbausiedlung turnt, denn sie möchte, dass nicht nur Festivalgänger, sondern auch die Arbeiterjugend ihre Musik hört. Ähnliches gilt für den Track „Ich hass dich“ mit Chapo102 („Alle meine Brüder stinken morgens schon nach Bier“), in welchem sich die Sänger mal ausnahmsweise als die Armen und Arbeitenden, die sich – wenn auch mit Neidgefühl – über das pralle Leben der „Reichen und Schönen“ beklagen (*Hast noch nie ‚nen Korb bekomm'n außer den mit Präsenten... Und du weißt, wie das geht mit diesen Steuern und Finanzen*), darstellen. Stellt man das Wildberry Lillet gegenüber, macht sie sich mit solchen Nummern nur lächerlich.

NINA UND DIE MUSIKINDUSTRIE

Unter welchen Umständen Nina Chubas Lieder geschrieben werden, stellt sie selbst in einem YouTu-

be-Video vor, das sie und ihre Clique 2022 auf Rügen zeigt. In einem Pool vor einem fetten Neubauhaus badend, erzählt sie:

„Hallo, wir sind auf Rügen, in meinem eigenem Songwriting-Camp, was ich veranstalte – ich bin sehr stolz – und ich hab natürlich mal wieder meine Lieblinge mitgenommen: Dokii, Justin, Burek, Hardy [...] Jakobus [...] und Amon ist auch dabei von Universal, und Konrad und Christopher, meine A&R's.“



So wird federführend durch einige Vertreter der Plattenfirmen Universal und Jive Records, Nina Chubas Label, dafür gesorgt, dass sich in der produzierten Musik die bürgerliche Ideologie in einer gezielten Form, z.B. den Ich-bezogenen Texten, widerspiegelt. Als bürgerlicher Musiker sind die Begrenzungen der „künstlerischen Freiheit“ immer enger, die Kontrolle und Einfluss der Musikindustrie um so größer; die Musik wird immer eintöniger. So gut vermarktet wie durch die Musikbranche

wird Nina Chuba bereits auch durch die Werbeflächen großer Konzerne wie Adidas, wo sie zusammen mit Rapper RIN auf übergroßen Plakaten für die neuesten Sneaker posiert (wie sie es singt: „Ich will Lila, das sich stapelt, ich will Nina auf Plakaten“).

Zusammenfassend ist *Glas* ein Album, was inmitten der ansonsten aktuell produzierten Musikware nicht sonderlich heraussticht. Wie die meisten Pop-Künstler singt Nina Chuba nur über sich, was sie glücklich, zufrieden, traurig etc. macht, und steht damit ganz im Zeichen der Allgemeinen Konterrevolutionären Offensive des Imperialismus, die in großem Umfang Individualismus verbreitet. Dass Nina Chubas Musik als „Rap“ oder „Hip Hop“ betitelt wird, zeigt, wie sehr sich die bürgerliche Interpretation dieses Genres bereits an die bürgerliche „Popmusik“ angenähert hat. Hauptsächlich in Erinnerung bleibt bei „Glas“ nur das dekadente Vorzeig Schild von Nina Chuba, Wildberry Lillet. •

www.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM OKTOBER

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

HAMBURG

04.10. | 18.30 Uhr
Veranstaltung: Geschichte des Hamburger Aufstands
Café Knallhart (Uni Hamburg)
(Von-Melle-Park 9)

05.10. | 18 Uhr
Veranstaltung: Der Hamburger Aufstand 1923
Internationales Zentrum B5 (Brigittenstraße 5)

23.10. | 18 Uhr
Demonstration: 100 Jahre Rotes Hamburg
Bert-Kaempfert-Platz (vor dem Museum der Arbeit)

mehr Infos:



KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Bremen | rfr.bremen@gmx.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

DAS TITELBILD

Straßenkämpfe bei Protesten von Zehntausenden in Bangladesh's Hauptstadt Dhaka mit der Rücktrittsforderung an Premierminister Sheikh Hasina

Quelle: Al Jazeera

**ROTE
POST** 